

„Es könnte brutal werden“

13. JÄNNER 2003

SOZIALPOLITIK Bekommt jemand, der heute arbeitet, überhaupt einmal eine Pension? Wenn ja, wie mickrig wird diese sein? Und kann man sich einen Arztbesuch künftig noch leisten? Der Sozialexperte Bernd Marin gibt Antworten auf brennende Fragen. GERALD JOHN

Falter 3/03

Die Tatsache ist seit Jahren bekannt, dagegen getan wurde bislang allerdings wenig: Wenn nichts geschieht, stehen Pensions- und Gesundheitssystem vor dem Kollaps. Die Pensionen werden bald nicht mehr finanzierbar sein, weil immer mehr Pensionisten immer weniger Einzählern in die Versicherung gegenüberstehen. Die Überalterung macht auch den Krankenkassen zu schaffen, noch dazu werden die Behandlungen ständig teurer. Die Politiker dürften die Warnungen nun endlich ernst nehmen – zumindest tun sie bei den Koalitionsverhandlungen (siehe Kästen) so. Um die Altersvorsorge zu retten, will die ÖVP etwa die Frühpensionen abschaffen. Denn bereits 88 Prozent der Österreicher treten jünger in den Ruhestand, als vom Gesetz vorgesehen: die Männer mit 58,7 statt 65 Jahren, die Frauen mit 56,5 statt 60 Jahren.

Praktisch fix ist auf kurz oder lang die Angleichung der Pensionen der privilegierten Beamten an jene der ASVG-Versicherten. Die SPÖ will sogar einen Solidarbeitrag ehemaliger Staatsdiener, die sich bereits aufs Altenteil zurückgezogen haben. Auf Patienten hat es hingegen die ÖVP abgesehen: Die Kanzlerpartei tritt für einen zwanzigprozentigen Selbstbehalt auf Arztbesuche ein.

Die „Grausamkeiten“ sind den Parteien nicht selbst eingefallen; eronnen haben sie um den Wohlfahrtsstaat besorgte Sozialexperten. Einer ihrer renommiertesten ist Bernd Marin. Im Falter-Gespräch skizziert der Direktor des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, was auf den Normalbürger künftig alles zukommen wird.

Falter: Wie viele unserer Leser bin ich um die dreißig Jahre und zahle seit einigen Jahren in die staatliche Pensionsversicherung ein. Wie hoch wird meine Pension einmal sein?

Bernd Marin: Ich wünsche Ihnen eine gleich hohe Pension wie meiner Generation. Dafür müssen alle, also auch die Menschen über fünfzig, noch eine einschneidende

Pensionsreform hinnehmen, sonst wird Ihre Pension einmal diese Bezeichnung nicht mehr verdienen, sondern irgendeine schäbige Armutsversorgung à la Thatcher/ Blair sein. Das gesetzliche Pensionsalter muss endlich ernst genommen werden. Das bedeutet, dass die Frühpensionen im Großen und Ganzen abgeschafft und die Leute

bis zum Alter von 65 Jahren gesund in der Arbeit gehalten werden sollen.

Werde auch ich noch in diesem Alter in Pension gehen können?

Soll ich ehrlich sein?
Bitte.

Sie werden wahrscheinlich noch zwei, drei Jahre länger arbeiten müssen. Ihr Pensionsalter wird, wie heute schon

für Architekten oder Zivilingenieure, bei 67 oder 68 Jahren liegen. Etwa so hoch wie bereits jetzt in Dänemark oder Norwegen. Sie haben aber immerhin 35 Jahre Zeit, sich darauf einzustellen. Wenn Sie trotzdem früher in Pension gehen wollten, sollten Sie das bei entsprechenden Abschlüssen aber tun dürfen. Sie können nur nicht mehr

erwarten, dass Sie auf fast dieselbe Pensionshöhe kommen, wenn Sie acht oder neun Jahre vor der Zeit in die Rente gehen, wie das heute die meisten Männer tun. Und das ist gut so.

Was aber, wenn mich mein Arbeitgeber als alten Mann nicht mehr will?

Das ist äußerst unwahrscheinlich. Leute wie Sie wird man auf Knien bitten, im Job doch noch ein paar Jahre anzuhängen, und Ihnen dafür gute Gehälter und Pensionskonditionen bieten. Denn nicht Arbeitsplätze, sondern Arbeitskräfte werden im Jahr 2030 knapp sein. Rein demographisch wird es zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie in Pension gehen, in der Altersgruppe von 25 bis 49 über eine Million Menschen weniger geben. Schon recht bald werden wir deshalb wieder eine Vollbeschäftigungswirtschaft haben. Übrigens: Ein „alter Mann“ wären Sie mit 65 vor hundert Jahren gewesen, aber nicht bei einer Lebenserwartung von weit über achtzig Jahren.

Momentan gibt es aber eine hohe Arbeitslosigkeit. Wird diese nicht vorerst weiter steigen, wenn die Frühpensionen abgeschafft werden?

Auf den Arbeitsmarkt wird diese Maßnahme kaum Einfluss haben. Im Gegensatz zu einigen staatsnahen Großbetrieben, die sich häufig schamlos asozial verhalten, ist der Großteil der Klein- und Mittelbetriebe außerordentlich sozial – auch im Vergleich zu Deutschland. Selbst bei einer Rezession werden die Leute so lange wie möglich gehalten. Das Risiko, arbeitslos zu werden, ist für ältere Arbeitnehmer auch wesentlich geringer als im Durchschnitt; wenn sie den Job einmal verloren haben, ist ihre Chance auf Wiedereinstieg allerdings gleich Null. Wenn der Weg in die Frühpension verstellt ist,



Sozialexperte Bernd Marin: „Möglich wäre es, das Pensionsniveau zu halten. Scheitern kann es an der Reformunfähigkeit der Politiker. Schließlich sagen wir Fachmensen seit Jahren dasselbe“ / Foto: H.Corn

Falter 3/03

wird es den Missbrauch der Arbeitgeber, ihre Arbeiter und Angestellten vorzeitig loszuwerden, nicht mehr geben. Ich halte es für ausgeschlossen, dass kleine, durchschnittliche Betriebe Leute ein Jahr früher kündigen, wenn das Pensionsalter um ein Jahr hinaufgesetzt wird. Da besteht kein Grund zur Panik oder Sorge.

Sie sagten zuvor, Sie „wünschen“ mir eine gleich hohe Pension. Glauben Sie auch daran?

Möglich wäre es durchaus, das Niveau zu halten. Eine andere Frage ist, ob es auch wahrscheinlich ist. Scheitern kann es an der Reformunfähigkeit der Politiker. Immerhin sagen wir so genannten Fachmenschern seit zehn Jahren ständig dasselbe, trotzdem wurde mit der Reform bis heute noch nicht einmal wirklich begonnen. Die Zeit läuft davon. Die Einschnitte könnten deshalb brutal werden, was völlig unnötig, aber allmählich unvermeidlich ist.

Raten Sie mir zu einer privaten Zusatzpension?

Die kann nicht schaden. Eine Zusatzpension bekommen Sie ohnehin in Form der Abfertigung neu, die Sie steuerfrei genießen können, außer Sie entnehmen Ihre Rücklagen ständig, wozu ich Ihnen aber nicht rate, weil diese dann allein von den Verwaltungskosten aufgeessen werden würden. Eine zusätzliche Privatvorsorge macht dann Sinn, wenn Sie mit einer Pensionslücke rechnen. Wenn Sie erwarten, dass Sie – wie jeder zweite Angestellte in diesem Alter – mit fünfzig über der Höchstbeitragsgrundlage verdienen, könnten Sie so den Einkommensausfall im Pensionsalter abfangen. Gerade dreißig ist ein gutes Alter, um damit zu beginnen. Da können Sie mit kleinen, patscherten Beträgen sehr ordentliche Zusatzpensionen erreichen.

Wie viel sollte ich monatlich ausgeben?

Der Konsumverzicht liegt unterhalb der Ausgaben für Kosmetik, Körperpflege und Zigaretten; für den Anfang reicht ein Haarschnitt, ein Rasierwasser, eine Kinokarte.

Wie sicher sind die privaten Pensionssysteme?

Derzeit schrecklich unsicher. Ich denke da nur an meine eigene Vorsorge: Vor zwei Jahren habe ich einen beachtlichen Teil meiner Ersparnisse in einen Fonds gesteckt. Mittlerweile habe ich

33 Prozent der Altersvorsorge verloren, bei einem angeblich risikostreueren, deppensicheren, nämlich „mündelsicheren“ Fonds. Es ist ziemlich trist, wenn Sie 75.000 Euro sparen und sich nach zwei Jahren mit 49.000 wiederfinden. Bis die 75.000 wieder erreicht sind, werden noch viele Jahre vergehen. So desaströs kann das öffentliche Pensionssystem überhaupt nicht funktionieren, wie private Fonds in schlechten Jahren. Und jetzt haben wir schon das dritte schlechte Jahr.

Wie soll ich dann Vorsorge leisten?

In solchen Zeiten mit großen Einlagen am besten überhaupt nicht, sondern nur mit kleinen laufenden Zahlungen. Auf lange Sicht ist zu hoffen, dass sich die Börsen wieder erfangen. Viele Leute haben in der Illusion gelebt, dass die goldenen Jahre 1982 bis 87 der Normalzustand des Kapitalismus sind. Wir werden uns auf sehr viel bescheidenere Renditen einrichten müssen,



Foto: H. Corn

**„So desaströs!
Pensionssystemer
wie private For**

als uns die Versicherungskeiler im Goldrausch des ausgehenden Jahrhunderts weismachen wollten. Wenn Sie über 35 Jahre kleine Beträge zur Seite legen, werden Sie dennoch auf schöne Summen kommen.

Was machen Leute, die nicht einmal diese kleinen Beträge entbehren können?

Die müssen sich das auch nicht leisten. Jene, die nicht über der Höchstbeitragsgrundlage verdienen, werden auch in Zukunft achtzig Prozent ihres letzten Einkommens erhalten. Nur die Anspruchsvoraussetzungen werden strenger. Sie müssen tatsächlich 45 Jahre lang und bis zum 65. Lebensjahr arbeiten.

Hätte es aus Gründen der höheren Pension jetzt noch Sinn, sich rasch beim öffentlichen Dienst zu bewerben und Beamter zu werden?

Ich glaube nicht. Die Angleichung der Pensionssysteme ist zumindest für alle neuen öffentlichen Bediensteten fix, was ich immer noch für ganz unzureichend halte. Doch diese Kuh ist aus dem Stall.



POLITIK 19

Die ÖVP will auf alle Arztbesuche Selbstbehalte aufschlagen. Ist das eine gute Idee?

Ganz ohne Selbstbehalte wird es nicht gehen, wenn man Übernutzungen verhindern will. Schon heute existieren ja Dutzende an Kostenbeiträgen, die Patienten bezahlen de facto schon dreißig Prozent der medizinischen Leistungen privat. In anderen europäischen Ländern haben auch sehr viele Linksregierungen sehr drastische Selbstbehalte eingeführt. Nur bei uns wird dieses Thema zu einer ideologischen Glaubensfrage stilisiert, aber das ist Steinzeitsozialismus. Natürlich gibt es Selbstbehalte, die unfair, unsozial und wirkungslos sind – das beste Beispiel ist die Ambulanzgebühr, die ein Gröschergeschäft ist und kaum Lenkungseffekte hat. Noch dümmer und schlimmer war die Besteuerung der Unfallrenten. Aber es ist unsinnig, jede Form der Kostenbeteiligung der Patienten an den medizi-

„kann das öffentliche System gar nicht funktionieren, Fonds in schlechten Zeiten“

nischen Leistungen abzulehnen, um die Nachfrage zu steuern, da diese nicht ausschließlich davon abhängt, ob jemand krank ist.

Die Oma, die zum Arzt geht, weil ihr fad ist, ist also kein Klischee?

Das brauchen Sie nur die praktischen Ärzte in den überalterten Bezirken fragen. Dort ist die Ordination des geliebten Arztes das soziale Kommunikationszentrum. Das ist auch ganz okay. Es fragt sich nur, ob das so hoch subventioniert werden muss. Das heißt ja nicht, dass die Leute nicht mehr kommen, wenn sie für eine Spritze 2,14 Euro zahlen müssen.

Pro Arztbesuch sollen zwanzig Prozent der Kosten einkassiert werden. Ist das nicht unfair gegenüber den Armen, die tendenziell kränker sind?

Diese Gefahr besteht. Deshalb sollen Arme und chronisch Kranke ausgenommen und der Beitrag auf einen bestimmten Prozentsatz des Einkommens beschränkt werden. Es geht um den sehr breiten Mittelstand. Dem würden die Selbstbehalte im Durchschnitt nicht einmal ein halbes Prozent

des Einkommens kosten, also ein Bruchteil dessen, was wir für die Autohaftpflicht oder den Alkohol ausgeben. Diese Summe sollte uns die Gesundheit, angeblich das Wichtigste im Leben, wert sein. Auf jeden Fall sollen alle Menschen Zugang zu den medizinischen Leistungen haben, unabhängig von ihrer Einkommenssituation.

Könnten die Selbstbehalte nicht kontraproduktiv sein, wenn die Leute deswegen seltener zu Vorsorgeuntersuchungen gehen?

Gesundenuntersuchungen sollen natürlich ausgenommen werden, alles andere wäre absurd. Im Gegenteil: Leute, die sich vorsorglich untersuchen lassen, könnten einen Bonus gutgeschrieben bekommen. Auch Nichtraucher könnten besser gestellt werden – sage ich als Schmauchler. Man sollte den Effekt von Selbstbehalten aber nicht überbewerten, weil im Gesundheitssystem zu achtzig Prozent das Angebot die Nachfrage bestimmt.

Was soll dann das Gesundheitssystem finanzieren?

Bevor die enormen Einsparungspotenziale nicht ausgeschöpft sind, bin ich gegen Beitragserhöhungen. Aber in letzter Instanz spricht vieles dafür, die finanziellen Probleme des Gesundheitssystems auf 10 bis 15 Jahre zu lösen, indem man die beitragsfreie Mitversicherung abschafft, die meist Hausfrauen mit bereits erwachsenen Kindern betrifft; Hausmänner gibt es ja kaum. Die kostet im Jahr 22 Milliarden Schilling. Es gibt keinen Grund dafür, dass 600.000 Ehefrauen automatisch versichert sind, ohne Beiträge zu zahlen – außer eine sehr traditionelle Familienpolitik.

Wer soll die Versicherung dieser Leute dann zahlen?

Jene Unterhaltspflichtigen, die sie am Erwerb hindern oder von der Erwerbslosigkeit profitieren: also die Ehemänner. Die meisten Alleinverdienerfamilien sind ohnehin zwangsläufig Spitzenverdiener. Nur wenn Alleinernährer arm sind, soll der Staat einspringen; oder auch wenn wichtige Kinderbetreuungs- und Altenpflegeleistungen erbracht werden.

Raten Sie mir zu einer privaten Zusatzkrankenversicherung?

Hüten Sie sich! Sonst werden Sie ein Objekt der Begierde von Ärzten, die Sie zum Patienten machen wollen. □

Mitarbeit: Eva Weissenberger